

Ist die Forderung nach Freihandel kompatibel mit der Option für die Armen?



Eine befreiungstheologische Perspektive

Papst Franziskus fordert eine Kirche, die für die Armen eintritt, und kritisiert die kapitalistische Wirtschaft. Es lohnt sich, sein Anliegen ernst zu nehmen. Deshalb sollen die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Debatte um die Einführung des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP im Folgenden aus der Sicht Lateinamerikas und aus globaler Perspektive betrachtet werden. Dazu liegt es nahe, zunächst das vor zwanzig Jahren in Kraft getretene Nordatlantische Freihandelsabkommen zwischen Kanada, Mexiko und den USA (NAFTA) in den Blick zu nehmen und der Frage nachzugehen was sich aus den Erfahrungen mit diesem Abkommen für TTIP lernen lässt. Kann der Freihandel zugunsten der Armen weltweit genutzt werden?

Gerhard
Kruip

In seinem Rundschreiben *Evangelii Gaudium* hat Papst Franziskus die befreiungstheologische Perspektive rehabilitiert (Kruip 2014). Auch wenn insbesondere sein Satz „Diese Wirtschaft tötet“, der sich auf eine „Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ (EG 53) bezog, nicht unumstritten geblieben ist (Wiemeyer 2014), weil er so sicherlich zu pauschal ausgefallen ist, lohnt es sich, das damit zum Ausdruck gebrachte Anliegen ernst zu nehmen. Daher bedarf die TTIP-Debatte, die bisher vor allem

aus dem Blickwinkel eines reichen und wirtschaftlich erfolgreichen Landes wie der Bundesrepublik Deutschland geführt wird, der Ergänzung durch eine Perspektive von der Peripherie her. Es liegt nahe, dazu zunächst auf das vor zwanzig Jahren in Kraft getretene Nordatlantische Freihandelsabkommen (*North American Free Trade Agreement*, NAFTA, bzw. *Tratado de Libre Comercio de América del Norte*, TLCAN) zwischen Kanada, Mexiko und den USA einzugehen.

del zwischen den drei Staaten ist seit 1994 tatsächlich um das Dreieinhalbfache gestiegen. Die Handelskammer behauptet, etwa fünf Millionen neue Arbeitsplätze seien in den USA durch NAFTA entstanden. Besonders profitiert habe die US-amerikanische Landwirtschaft, denn die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Mexiko habe sich vervierfacht. Gleichzeitig sind aber auch die Importe aus Mexiko in die USA gestiegen, sogar noch stärker als die Exporte nach Mexiko, nämlich um 485,3%.

Eine Studie des *Congressional Research Service* des US-Kongresses beurteilt NAFTA sehr viel nüchterner (Villarreal und Fergusson 2014). Weder seien die prophezeiten katastrophalen Wirkungen eingetreten, noch habe NAFTA zu dem von vielen Befürwortern prognostizierten hohen Wohlstandssteigerungen oder sogar einem sozialen Ausgleich geführt. Noch kritischer äußerte sich das *Center for Economic and Policy Research* (cepr) (Weisbrot et al. 2014), ähnlich wie schon zum zehnten Jahrestag 2003 eine Stu-

NAFTA – eine Erfolgsgeschichte?


NAFTA ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil dieses, ursprünglich auf die Initiative Mexikos zurückgehende Abkommen, das am 1. Januar 1994 in Kraft trat, das damals umfassendste derartige Abkommen war und zum Vorbild für viele weitere bilaterale Freihandelsabkommen wurde. Es beeinflusste sogar den erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde der GATT-

Verhandlungen, die in die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) einmündeten, welche am 1. Januar 1995 ihre Arbeit aufnahm.

Aus Anlass des 20. Jahrestages des Inkrafttretens des NAFTA hat die US-amerikanische Handelskammer das Freihandelsabkommen euphorisch als Erfolgsgeschichte präsentiert (U.S.-Chamber of Commerce 2014). Der Han-



die des *Interhemispheric Resource Center* (IRC) ((Wise 2003). Danach sei seit Inkrafttreten der NAFTA in Mexiko kein wirtschaftlicher Erfolg, sondern eher Stagnation zu beobachten, vor allem im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten. Während sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Mexiko zwischen 1960–1980 fast verdoppelt hatte, wuchs es in den 20 Jahren seit 1994 nur noch um 18,6%. Dabei entspricht dieser Rückgang der Wachstumsrate keineswegs einem allgemeinen Trend der Region, denn im Rest Lateinamerikas waren die Wachstumsraten doppelt so hoch. Wäre die Wirtschaft Mexikos auch nach dem Abschluss des NAFTA so weiter gewachsen wie vorher, wäre Mexiko heute auf dem Stand von Südkorea, das keine vergleichbare Verlangsamung des Wachstums hinnehmen musste. Die in

 In Mexiko gibt es heute viele Millionen Arme mehr als in der Zeit vor dem Abkommen

den nationalen Statistiken Mexikos ausgewiesene Armutsrate von 52,3% im Jahr 2012 hat sich seit 1994 fast nicht verändert, was angesichts des Bevölkerungswachstums bedeutet, dass es heute in Mexiko 14,3 Millionen Arme mehr gibt als 1994, während im Rest Lateinamerikas die Armutsrate halbiert werden konnte. Auch hat sich der Arbeitsmarkt in Mexiko seit 1994 nicht verbessert, was vor allem mit den Auswirkungen von NAFTA auf die Landwirtschaft zusammenhängt. Dort wurden nämlich fast fünf Millionen Arbeitsplätze in der traditionellen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft vernichtet, demgegenüber in der industriellen, exportorientierten Landwirtschaft nur drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, die zudem häufig schlecht bezahlt sind. Durch den Import von billigem, hochsubventioniertem Genmais aus den USA und die kürzlich erfolgte Freigabe von Genmais für den Anbau in Mexiko sind sowohl

traditionell wirtschaftende Kleinbauern als auch die einheimischen mexikanischen Maissorten gefährdet. Umgekehrt proportional zu den wachsenden Importen von Mais aus den USA fielen die Preise, die die mexikanischen Maisbauern für Mais erzielen konnten. Profitiert haben jedoch Tourismus, Zulieferindustrie und insbesondere Firmen der Automobilindustrie vor allem in den großen Städten und im Norden des Landes, was jedoch wegen der gleichzeitig in diesen Bereichen stark gestiegenen Produktivität nur geringe Beschäftigungseffekte hatte. Angesichts der vergleichsweise wenig positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist es auch nicht verwunderlich, dass die (in großen Teilen illegale) Migration von Mexikanern in die USA über die hochgesicherte Grenze zwischen den beiden Staaten mit durchschnittlich jährlich etwa 500.000 Menschen enorm hoch liegt, in den letzten Jahren wegen der Wirtschaftskrise in den USA allerdings etwas zurückgegangen ist, was sich wiederum negativ auf den mexikanischen Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Während die hier zitierte Studie des *cepr* vor allem die Auswirkungen auf Mexiko negativ bewertet, kommt übrigens eine andere US-amerikanische Studie von *Public Citizen's Global Trade Watch* auch im Blick auf die USA zu einer sehr kritischen Einschätzung des NAFTA und rechtfertigt daraus erhebliche Vorbehalte auch gegenüber dem derzeit in den USA viel diskutierten Transpazifischen Freihandelsabkommen (*Public Citizen's Global Trade Watch* 2014).

In Mexiko hatten zivilgesellschaftliche und kirchliche Gruppen, nicht allerdings die von der Regierung damals noch stark kontrollierten Gewerkschaften (Lavon 1994), vor allem 1993 NAFTA massiv kritisiert. Es gab ein mexikanisches Aktionsnetzwerk gegen das Freihandelsabkommen („Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio“), in dem sich auch viele kirchliche Gruppen engagierten, die vom geplanten Freihandelsabkommen eine große

„zerstörerische Kraft“ befürchteten (Morris 1993). In seinem viel beachteten Hirtenbrief „In dieser Stunde der Gnade“ ordnete Bischof Samuel Ruiz von San Cristóbal de Las Casas in Chiapas das Freihandelsabkommen neben der Reform des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, die eine Teilprivatisierung des vorher weitgehend in Dorfgemeinschaften („ejidos“) kollektiv verwalteten Landes erlaubte, in einen von den Eliten Mexikos vorangetriebenen „neoliberalen Modernisierungsplan“ ein, der jedoch nur wenigen Teilen der mexikanischen Bevölkerung zu Gute kommen werde, während sich die Situation für die Ärmsten weiter verschlechtere. Insgesamt wurden alle Projekte der Deregulierung und des Freihandels mit der seitens der lateinamerikanischen Befreiungstheologie immer wieder hart kritisierten „neoliberalen“ Politik der USA, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Verbindung gebracht und meist sehr pauschal abgelehnt (vgl. ausführlicher (Kruip 1998).

Die Speerspitze des Protestes gegen das NAFTA war jedoch der ebenfalls am 1.1.1994 begonnene Guerilla-Aufstand der „Zapatisten“ (des „Nationalen Zapatistischen Befreiungsheeres“ – „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ – EZLN) in Chiapas (vgl. Zimmermann und Kruip 1996). Der Aufstand war ein verzweifelter Schritt der indianischen Kleinbauern, die ihre extreme Armut nicht länger hinnehmen wollten. Er richtete sich gegen die bereits 70 Jahre dauernde Herrschaft der korrupten Staatspartei PRI (Partido de la Revolución Institucionalizada). Letzter Auslöser für den Aufstand waren jedoch das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens und die Reform des Artikels 27. In ihrer „Kriegserklärung“ schrieb die EZLN aus dem Lacandona-Urwald: „¡Basta! – Jetzt reicht es. [...] Wir, integre und freie Frauen und Männer, sind vor unserem Gewissen überzeugt, daß der Krieg, den wir erklären, eine ultima ratio, aber gerecht ist.“ (Topitas 1994), 20–21) Neben



anderen Prozessen hat dieser Aufstand die Demokratisierung des Landes mit vorbereitet. Die dominante „neoliberale“ Wirtschaftspolitik, die den Armen nicht zu Gute kam, sondern ihnen eher schadete, konnte der Aufstand jedoch nicht aufhalten.

In einer gegenüber der Politik der damals noch herrschenden Staatspartei PRI ausgesprochen kritischen Stellungnahme der mexikanischen Bischofskonferenz aus dem Jahr 2000 wird beklagt, dass das Freihandelsabkommen nicht dazu beigetragen habe, die soziale Ungleichheit zu mindern, sondern im Gegenteil die Situation der mexikanischen Kleinbauern erheblich verschlechtert habe. Als Voraussetzung für eine andere, gerechtere Politik for-



Mit ihrem Eintreten für die Armen bezog die katholische Kirche Mexikos dezidiert Stellung gegen das nordamerikanische Freihandelsprojekt

dernten die Bischöfe eine Transition hin zu einer echten Demokratie (Conferencia Episcopal Mexicana 2000). Mit der Wahl von Vicente Fox (Präsident von 2000–2006) von der bis dahin oppositionellen Partei PAN (Partido Acción Nacional) machte Mexiko tatsächlich einen wichtigen Schritt in Richtung von mehr Demokratie, änderte aber auch zu diesem Zeitpunkt seine Wirtschaftspolitik nicht. Als 2008 die letzte Stufe der durch NAFTA vereinbarten Zollsenkungen in Kraft trat, meldete sich die Kommission für Sozialpastoral der mexikanischen Bischofskonferenz ausführlich zu Wort (Comisión Episcopal para la Pastoral Social 2008). Sie kritisierte die Vernachlässigung der Landbevölkerung, der es unmöglich sei, mit den hochsubventionierten Produkten der industriellen Landwirtschaft der USA zu konkurrieren, weshalb sie zunehmend verarme und in großen Teilen zur Migration in die großen Städte oder in die USA gezwungen sei. Sie wehrte sich

gegen den Import von genetisch verändertem Saatgut für Mais aus den USA und sprach sich für eine Förderung der biologischen Landwirtschaft aus. Die Kommission forderte schließlich von der mexikanischen Regierung eine Politik der Bekämpfung der ländlichen Armut, zugleich aber auch eine Neu-

Lässt sich von NAFTA für TTIP etwas lernen?

Selbstverständlich ist einzuräumen, dass der geringe wirtschaftliche Erfolg Mexikos in den letzten beiden Jahrzehnten nicht nur auf das NAFTA zurückzuführen ist, da andere wichtige Faktoren ebenfalls eine Rolle spielten. So hat der enorme Aufstieg Chinas, die dort noch niedrigeren Löhne und der künstlich von China niedrig gehaltene Wechselkurs die Wettbewerbsfähigkeit mexikanischer Produkte erheblich beeinträchtigt. Die durch Zinserhöhungen der US-Zentralbank und eine viel zu lange hinausgezögerte Wechselkursanpassung ausgelöste „Tequila-Krise“ 1994/95 führte zu einer Abwertung des Peso um 50% innerhalb weniger Tage, zu einer gigantischen Kapitalflucht und einem Einbruch des BIP um fast 10%. Vorher schon hatten der Aufstand der „Zapatisten“ in Chiapas und mehrere politische Morde während des Präsidentschaftswahlkampfes 1994 bei in- und ausländischen Investoren eine Vertrauenskrise ausgelöst. Und die seit der Präsidentschaft von Felipe Calderón (2006–2012) immer weiter eskalierenden Konflikte zwischen verschiedenen Drogenkartellen und zwischen der Drogenmafia und dem Staat mit seiner zunehmend korrupten Polizei und einem korrupten Militär haben auch zur Destabilisierung des Landes beigetragen. Man kann jedoch durchaus auch vermuten – viele Kritiker äußerten eine entsprechende Befürchtung auch schon vor 1994 –, dass der Drogenhandel und der mit ihm eng verbundene Handel mit US-amerikanischen Waffen, die von der Drogenmafia in den USA eingekauft werden, durch

Verhandlung des NAFTA, um die negativen Auswirkungen auf die Kleinbauern zu reduzieren. Außerdem verlangten sie eine Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems zugunsten der Interessen der Ärmsten. „Kein System ist unberührbar, wenn es den Tod hervorbringt.“ (ebd., Nr. 28)

die allgemeine Handelsliberalisierung erleichtert worden sind. Manche Kleinbauern, für die sich der Anbau von Mais wegen NAFTA nicht mehr lohnte, bauen nun Koka oder Hanf für den Drogenmarkt an. NAFTA hat auch dazu beigetragen, dass die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den USA und Mexiko erheblich angewachsen sind, so dass Mexiko durch die in den USA ausgelösten Krisen ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, vor allem durch das Platzen der Internet-Blase 2000–2002 und die Finanzmarktkrise 2008/2009. In Mexiko gibt es das Bonmot: Wenn die USA einen Schnupfen bekommen, bekommt Mexiko eine Grippe. Wegen dieser Besonderheiten der Situation Mexikos und seines sehr asymmetrischen Verhältnisses zu den USA lassen sich die Erfahrungen aus zwanzig Jahren NAFTA sicherlich nicht einfach auf TTIP übertragen, das zwischen sehr viel weniger ungleichen Partnern geschlossen werden soll.

In einem kurzen Bericht an die *Carnegie Endowment for International Peace* haben führende Wirtschaftsexperten bereits 2009 wichtige Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen mit



Freihandelspolitik sollte gezielt mit einer Politik der Entwicklungsförderung verknüpft werden

NAFTA abgeleitet und dazu aufgefordert, die bisherige Politik, die vor allem auf Liberalisierung und Deregulierung gesetzt habe, zu überdenken (Zepeda et al. 2009): So sollte gerade

bei Freihandelsverträgen zwischen ungleichen Partnern dafür gesorgt werden, dass die weniger wettbewerbsfähigen Unternehmen nicht sofort dem Wettbewerb ausgesetzt, sondern durch gezielte Maßnahmen auf den härteren Wettbewerb vorbereitet werden. Außerdem müsse durch soziale Ausgleichsfonds (die Verfasser verweisen hier auf die Strukturfonds der Europäischen Union) dafür gesorgt werden, dass nicht ganze Regionen in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben. Freihandelspolitik müsse gezielt mit einer Politik der Entwicklungsförderung, einer Stärkung des Staates und kluger öffentlicher Investitionen verknüpft werden, denn die Liberalisierung des Handels alleine habe offenbar nicht ausreichende positive Effekte. Ob diese sich einstellen, hängt eben von vielen weiteren Bedingungen ab. Eine kluge Wirtschaftspolitik darf deshalb nicht nur auf Handelsliberalisierung setzen, sondern muss das gesamte Spektrum politischer Ziele im Blick behalten, die Wirkungen und Nebenwirkungen aller Maßnahmen zu antizipieren suchen und soziale Risiken abfedern. Das bereits erwähnte Congressional Research Service fordert denn auch am Ende seiner Analyse größere Anstrengungen der beteiligten Staaten für eine gemeinsame Ordnungspolitik, eine gemeinsame Migrationspolitik und eine die staatlichen Grenzen überschreitende Politik des sozialen Ausgleichs, in gewisser Weise also eine Ausweitung der bisherigen Handelsintegration zu einer tiefer reichenden politischen und sozialen Integration (Villarreal und Fergusson 2014, 25). Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen lautet aus meiner Sicht: Man glaube nicht naiv den ökonomischen Prognosen, sondern lege eine gesunde Skepsis hinsichtlich der in Aussicht gestellten Effekte solcher Freihandelsverträge an den Tag. Zugleich aber sollte man Maßnahmen in Richtung von mehr Freihandel auch nicht ideologisch verteuflern.

Freihandel zu Gunsten der Armen weltweit?

Im April 2006 haben wir seitens der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“, die der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz zuarbeitet, ein Papier mit dem Titel „Welthandel im Dienst der Armen“ erarbeitet (Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ 2006). Zwar waren dabei bilaterale Freihandelsabkommen weniger im Blick als die multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO, die zuletzt leider sehr ins Stocken geraten sind. Die sogenannte „Doha-Runde“, die Verbesserungen insbesondere für die Entwicklungsländer erzielen sollte, gilt als gescheitert, was mit ein Grund dafür ist, dass viele Staaten verstärkt auf bilaterale oder regionale Abkommen setzen. Die damals von uns erarbeiteten Schlussfolgerungen, wie der Freihandel insbesondere zugunsten der Verbesserung der Lebenssituation der Armen genutzt werden kann, lassen sich jedoch auch auf bilaterale und regionale Abkommen übertragen. Entscheidend ist, die Handelsliberalisierung nicht isoliert zu betrachten. Insbesondere seitens der Entwicklungsländer braucht es eine demokratisch legitimierte „gute Regierungsführung“, damit die Handels- und Wirtschaftspolitik nicht nur den Interessen einer Elite dient, sondern auch den Armen zu Gute kommt. Vielfach bedarf es dazu institutioneller Reformen innerhalb der beteiligten Länder, Reformen, die eine positive wirtschaftliche Entwicklung unterstützen und mögliche soziale und ökologische Risiken absichern. Für schwächere Marktteilnehmer müssen gezielt Anstrengungen unternommen werden, um ihre Startchancen zu verbessern. Dies fordert unter anderem auch größere Bildungsanstrengungen und ein soziales Sicherungssystem, das Flexibilität des Arbeitsmarktes mit der nötigen sozialen Sicherheit kombiniert. Anstelle einer sofortigen und pauschalen Handelsliberalisierung wird oft eine

klug und schrittweise vorgehende Außenwirtschaftspolitik bessere Ergebnisse zur Folge haben. Überträgt man diese Überlegungen auf das TTIP zwischen der EU und den USA, so ist zu fragen, ob die EU bisher für sich selbst und den Zusammenhalt ihrer Mitglieder genügend getan hat, damit die möglichen Vorteile des TTIP allen EU-Mitgliedsstaaten zu Gute kommen und nicht die durch die Krisen der letzten Jahre gebeutelten Mitglieder dadurch möglicherweise noch stärker belastet werden. Deutschland betrifft dies insoweit, als das Festhalten Deutschlands an den bisherigen hohen Exportüberschüssen, die durch TTIP ja sogar noch wachsen könnten, gegenüber den anderen Ländern, insbesondere den EU-Mitgliedern, die stark verschuldet sind, deshalb unfair ist, weil diese ihre hohe Verschuldung ja nur dadurch abbauen können, dass sie selbst Handelsüberschüsse erzielen. Es kann aber keine Welt geben, in der alle Länder einen Handelsüberschuss vorweisen können. Tun die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten genügend, um präventiv diejenigen Gruppen in ihren Gesellschaften, die durch TTIP vielleicht Nachteile in Kauf nehmen müssen, vor ihnen zu schützen, sie abzumildern und sie darauf vorzubereiten? Eigenartigerweise bezieht sich die öffentliche Debatte um das TTIP hierzulande viel zu wenig auf diese drängenden Fragen.

Aus sozialetischer Perspektive müssen wir aber auch eine globale Sicht einnehmen und uns fragen, welche Konsequenzen aus der Forderung nach globaler Gerechtigkeit zu ziehen sind (vgl. Kruip 2010). Wäre der Abschluss des TTIP fair gegenüber den daran nicht beteiligten Entwicklungs- und Schwellenländern? Anders als die sehr viel optimistischere Studie des ifo-Instituts, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 2013 erstellt wurde (Felbermayr et al. 2013) schätzen Experten des Deutschen Instituts für Entwick-

lungspolitik (DIE) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (Berger et al. 2013) die mit TTIP voraussichtlich verbundenen „Umlenkungseffekte“ als größer und gefährlicher ein. Ein Wachstum des Handels zwischen

den USA und der EU zu den von diesen beiden Partnern vereinbarten Bedingungen könnte nämlich sehr wohl dazu führen, dass Entwicklungs- und Schwellenländer Einbußen ihrer Exporte in die USA und die EU hinneh-

men müssten, vor allem gerade traditionelle Handelspartner der USA wie eben Mexiko. Natürlich hängen diese Effekte davon ab, ob man sich bei den TTIP-Verhandlungen hinsichtlich der nicht-tarifären Handelshemmnisse

LITERATUR

- Berger, Axel; Brandi, Clara; Kubny, Julia (2013): Welche Folgen hat das geplante Freihandelsabkommen zwischen USA und EU für Entwicklungsländer? In: *Entwicklungspolitik kompakt* (18, 14.10.2013), S. 1. Online unter <http://www.die-gdi.de/uploads/media/Entwicklungspol.Kompakt.pdf> (02.11.2014).
- Comisión Episcopal para la Pastoral Social (2008): *Jesucristo, vida y esperanza de los indígenas y campesinos. Mensaje de los Obispos de la Comisión Episcopal para la Pastoral Social sobre las consecuencias para los indígenas y campesinos de la desgravación arancelaria del Tratado de Libre Comercio*, 14.01.2008. México D.F. Online unter <http://www.zenit.org/es/articulos/jesucristo-vida-y-esperanza-de-los-indigenas-y-campesinos> (02.11.2014).
- Conferencia Episcopal Mexicana (2000): *Del encuentro con Jesucristo a la solidaridad con todos. El encuentro con Jesucristo, camino de conversión, comunión, solidaridad y misión en México en el umbral del tercer milenio*. Online in Zusammenfassung unter: <http://www.cem.org.mx/contenido/124-del-encuentro-con-jesucristo-a-la-solidaridad-con-todos.html> (02.11.2014).
- Felbermayr, Gabriel; Larch, Mario; Flach, Lisandra; Yalcin, Erdal; Benz, Sebastian (2013): *Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Endbericht*. München: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifo_AH_2013_TAFTA_Endbericht.pdf (02.11.2014).
- Kruip, Gerhard (1998): *Befreiung im Kontext der Hegemonie des Neoliberalismus. Zur Neoliberalismus-Kritik der lateinamerikanischen Kirche*. In: Hildegund Keul und Hans-Joachim Sander (Hg.): *Das Volk Gottes. Ein Ort der Befreiung*. Würzburg, S. 121–137.
- Ders. (2010): *Weltarmut und globale Gerechtigkeit. Wozu verpflichtet uns die Not der Menschen in anderen Teilen der Welt?* In: Christian Spieß (Hg.): *Freiheit – Natur – Religion. Studien zur Sozialethik*. FS Anzenbacher. Paderborn, S. 241–261.
- Ders. (2012): *Soziale Marktwirtschaft in Europa – sozialethische Anmerkungen. Zugleich eine Auseinandersetzung mit der Enzyklika Caritas in veritate und dem Ansatz von Stefano Zamagni*. In: Peter Schallenberg und Piotr Mazurkiewicz (Hg.): *Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union*. Paderborn, S. 55–75.
- Ders. (2014): *„Die Befreiung und die Förderung der Armen“ (EG 187). Zum lateinamerikanischen Hintergrund von Papst Franziskus (Kirche und Gesellschaft, Heft 408)*, Mönchengladbach.
- Lavon, Eva (1994): *Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA). Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften*. Marburg: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften am Institut für Politikwissenschaften und Philosophie der Universität Marburg (FEG-Studie, 3).
- Lessenich, Stephan (2014): *Neben uns die Sintflut. Westlicher Wohlfühlkapitalismus lebt nicht über seine Verhältnisse. Er lebt über die Verhältnisse anderer*. In: *Süddeutsche Zeitung* 250, 30.10.2014, S. 9.
- Morris, David (1993): *El libre comercio: Gran destructor*. In: *Iglesias (CENCOS)* 10 (1993) 110, S. 24–35.
- Public Citizen's Global Trade Watch (2014): *NAFTA's 20-Year Legacy and the Fate of the Trans-Pacific Partnership*. Washington D.C.: Public Citizen's Global Trade Watch.
- Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ (2006): *Welthandel im Dienst der Armen*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- Topitas (Hg.) (1994): *¡Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas*. Hamburg.
- U.S.–Chamber of Commerce (2014): *NAFTA Triumphant. Assessing two Decades of Gains in Trade, Growth, and Jobs*. Washington D.C.
- Villarreal, M. Angeles; Fergusson, Ian F. (2014): *NAFTA at 20. Overview and Trade Effects*. Washington: Congressional Research Service.
- Weisbrot, Mark; Lefebvre, Stephan; Sammut, Joseph (2014): *Did NAFTA Help Mexico? An Assessment After 20 Years*. Washington D.C.: Center for Economic and Policy Research.
- Wiemeyer, Joachim (2014): *Papst Franziskus und die Wirtschaft. Anmerkungen zum apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“*. In: *Amosinternational* 8 (1), S. 50–53.
- Wise, Tim (2003): *NAFTA's Untold Stories. Mexico's Grassroots Responses to North American Integration*. Silver City: Inter-hemispheric Resource Center (Americas Program Policy Report).
- Zepada, Eduardo; Wise, Timothy A.; Gallagher, Kevin P. (2009): *Rethinking Trade Policy for Development. Lessons from Mexico under NAFTA*. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Zimmermann, Klaus; Kruip, Gerhard (1996): *Der Indianeraufstand in Chiapas – Schock und Hoffnung für ein künftiges Mexiko*. In: *Mexiko heute*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 101–120.



auf höhere oder niedrigere technische, ökologische und soziale Standards einigt. Höhere Standards wären von weniger entwickelten Ländern nicht so leicht zu erfüllen und hätten möglicherweise protektionistische Wirkungen. Hier offenbart sich ein Dilemma, wenn man hinsichtlich der Standards einen „race to the bottom“ verhindern will, was eigentlich von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den USA und der EU gefordert wird. Den Entwicklungs- und Schwellenländern würde man dadurch wahrscheinlich eher schaden. Ein weiteres sozial-ethisches Problem stellt sich dadurch, dass durch TTIP für einen sehr großen und weltweit dominanten Wirtschaftsraum Fakten geschaffen würden, denen sich die übrigen Länder nur noch als „Regelnehmer“, nicht als „Regel-

setzer“ anschließen könnten. Die genannten Autoren kommen deshalb zu dem Schluss: „Entwicklungspolitisch wäre [...] ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde der bessere Weg, denn da sitzen die Entwicklungsländer gleichberechtigt am Verhandlungstisch.“ (ebd.) Um globale Gerechtigkeit zu erreichen, brauchen wir globale Lösungen, die auch mit globaler Beteiligung erarbeitet werden müssen. Dazu sollten sich die reicheren Länder bereit finden, auch wenn dies nicht immer ihren kurzfristigen Eigeninteressen entspricht. Andernfalls entwickeln wir – unter anderem durch TTIP – eine „Externalisierungsgesellschaft“ (Lesenich 2014), die die Vorteile wirtschaftlicher Prozesse für sich beansprucht, die sozialen und ökologischen Lasten aber auszulagern versucht!

Fazit: Freihandel braucht Rahmenbedingungen zum Schutz der Armen und zur Förderung globaler Gerechtigkeit

Freihandelsabkommen sind nicht zu verteufeln, denn tatsächlich kann Freihandel von großem Nutzen sein. Ob dieser Nutzen jedoch möglichst allen Menschen dieser Erde zugute kommt, hängt von einer Vielzahl von Rahmenbedingungen ab. Im Grunde gilt hier das Gleiche, was auch für nationale Wirtschaften gilt: Eine Marktwirtschaft „pur“ ist sozial-ethisch nicht zu rechtfertigen, weil der Markt seine positiven Wirkungen nur entfaltet, wenn er unter geeignete Rahmenbedingungen gestellt wird. Deshalb fordern wir auf nationaler – und inzwischen zunehmend auf europäischer – Ebene ganz selbstverständlich eine Soziale und Ökologische Marktwirtschaft (Kruip 2012). Entsprechende Rahmenbedingungen brauchen wir aber genauso selbstverständlich auch darüber hinaus im in-

ternationalen Handel zwischen Regionen und Kontinenten und letztlich für die Welt als Ganze. Anstatt uns grundsätzlich in einen ideologischen Streit über Freihandel zu verwickeln, sollten sich die öffentlichen Debatten möglichst konkret und in detail auf die Bedingungen beziehen, unter denen auch der Freihandel allen und insbesondere den Armen nutzen könnte. Solche Bedingungen lassen sich auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen mit Freihandelsabkommen sehr wohl angeben. Ob sie politisch durchgesetzt werden, hängt jedoch davon ab, ob die politischen Akteure bereit sind, über ihre eigenen Interessen hinaus auch die legitimen Interessen anderer ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Und dies gilt übrigens sowohl für TTIP-Befürworter wie für TTIP-Gegner!

KURZBIOGRAPHIE

Gerhard Kruip (*1957), Dr. theol., Dr. habil. theol., seit 2006 Prof. für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Arbeitsschwerpunkte u. a.: Bildung und Gerechtigkeit, Ethische Bildung, Gerechtigkeitstheorien und ihre verschiedenen Anwendungsfelder, insbesondere Fragen globaler Gerechtigkeit, Wirtschaftsethik und Unternehmensethik, Lateinamerikanische Theologie, Reform der katholischen Kirche. Neuere Veröffentlichungen: Zus. m. Heimbach-Steins, Marianne; Wendel, Saskia (Hg.) (2011): „Kirche 2011 Ein notwendiger Aufbruch“. Argumente zum Memorandum. Freiburg im Breisgau; Sozialethische Aspekte staatlicher Religionsförderung. In: Matthias Pulte und Ansgar Hense (Hg.): Grund und Grenzen staatlicher Religionsförderung. Paderborn (Kirchen- und Staatskirchenrecht, 17), S. 127–141; Gott oder der Mammon. Gibt es einen rechten Gebrauch des Geldes? In: Lebendiges Zeugnis 68 (2014) 1, S. 3–13.